

CDU-Haushaltsrede 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weiken,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

rückblickend wie gegenwärtig leben wir in turbulenten Zeiten – viele Krisen treffen gleichzeitig aufeinander, sorgen für Unsicherheit und stellen auch die kommunalen Haushalte vor immer größer werdende Herausforderungen.

Die Ausgaben steigen stetig – etwa für Soziales, Personal oder Energie – und lassen sich gerade bei Pflichtaufgaben wie beispielsweise der Jugend- und Sozialhilfe kaum begrenzen. Gleichzeitig sind wichtige Einnahmegrößen wie die Gewerbesteuer unsicher und konjunkturabhängig. Ein hoher Investitionsbedarf in der kommunalen Infrastruktur kommt erschwerend hinzu.

Das geht auch an uns als Stadt Rüthen nicht vorbei und schlägt sich spürbar in einer angespannten finanziellen Lage nieder, mit der wir Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung heute und in den kommenden Jahren verantwortungsvoll umgehen müssen.

Ein Blick auf die Zahlen macht die Lage deutlich: Für 2026 stehen mit Erträgen von 29,4 Mio. Euro Aufwendungen von etwa 33,16 Mio. Euro gegenüber. Resultierend daraus ergibt sich ein vergleichbares Haushaltsdefizit zum Vorjahr von minus 3,75 Mio. Euro. Voraussichtlich wird das Jahr 2025 aufgrund sich positiv entwickelter Gewerbesteuererinnahmen verbessert ausfallen, aber vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen äußeren Einflussfaktoren, kann mit diesen positiven Entwicklungen für das laufende und auch für die Folgejahre nicht gerechnet bzw. geplant werden.

Die gegenwärtige Planung, ohne Berücksichtigung des wahrscheinlich verbesserten Jahresergebnisses 2025 zeigt, dass das beschriebene Haushaltsdefizit nur noch zu 1/3 über die Ausgleichsrücklage gedeckt ist. Dass überhaupt noch ein anteiliger Ausgleich stattfinden kann, ist das Resultat verbesserter Ergebnisse aus den Vorjahren. Hier es gelungen, trotz kostenintensiver Projekte und die zusätzlichen Herausforderungen und Anstrengungen durch die Corona Pandemie sowie dem Ukraine Krieg, ein gutes Polster für Zeiten wie heute aufzubauen.

An dieser Stelle möchten wir als CDU-Fraktion ausdrücklich „Danke“ sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit zur Erreichung dieser Ergebnisse. Viele Projekte wurden nicht nur geplant, sondern erfolgreich umgesetzt – verbunden mit einer beeindruckenden Fähigkeit, Fördermittel zu generieren. Vielen Dank!

Ein Blick auf die Aufwendungen zeigt, dass insbesondere die Transferaufwendungen mit 15,7 Mio. € und einem Anteil von rund 47 % den Haushalt stark belasten. Haupttreiber sind dabei die Kreisumlage mit rund 7,4 Mio. € sowie die Jugendamtsumlage mit etwa 5,6 Mio. €. Im Vergleich zum Jahresergebnis 2024 ergibt sich hier ein Anstieg von über 14 % innerhalb von nur zwei Jahren.

Mit Blick auf die kommenden Jahre ist – auch wenn die aktuellen Prognosen dies noch nicht vollständig abbilden – von einem weiteren Anstieg dieser Umlagen auszugehen. Der Kreis Soest selbst steht vor einer angespannten Haushaltslage in den kommenden Jahren. Trotz dieses Bewusstseins können wir den Kreis Soest nicht aus der Verantwortung nehmen. Es gilt alle beeinflussbaren Ausgaben kritisch zu prüfen und mögliche Einsparpotenziale konsequent anzugehen und umzusetzen. Ziel muss es sein, die Umlagen perspektivisch zu senken und die Kommunen spürbar zu entlasten.

Andererseits, so ehrlich muss man sein, sieht sich auch der Kreis Soest mit steigenden, teils kaum beeinflussbaren Kosten, besonders im Bereich der Sozialausgaben konfrontiert. Dazu zählen insbesondere die Jugendamtsumlage sowie die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Auch wenn letzterer den Hebesatz zuletzt leicht senken konnte, ist insgesamt davon auszugehen, dass die Belastungen in diesen Bereichen weiter zunehmen werden. Wichtig ist hierbei jedoch, dass trotz stärker und stärker werdendem Kostendruck, in diesem gesellschaftlich so wichtigen Bereich, Einsparungen nicht auf Kosten der Leistungen zur Unterstützung der Betroffenen gehen dürfen.

Die Erwartungen, die wir nach außen formulieren, gelten ebenso für uns selbst. Auch wir als Stadt Rüthen müssen unsere internen Kosten im Blick behalten und bei Bedarf entschlossen gegensteuern.

Gleichzeitig eröffnen technologische Entwicklungen – insbesondere im Bereich der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz – künftig Chancen, Abläufe effizienter zu gestalten um zusätzliche Aufgaben, die mehr und mehr von Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, besser und ohne zusätzliche Belastung bewältigen zu können. Besonders mit Blick auf den Fachkräftemangel und einer aktuell nicht vorhanden finanziellen Möglichkeit für einen zusätzlichen Personalaufbau.

Im Bereich der Investitionen hat die Stadt Rüthen in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel in ihre Infrastruktur investiert – unterstützt durch umfangreiche Fördermittel. Beispiele sind die Sanierung des Rathauses, Investitionen im Bereich der Feuerwehr sowie hohe Investitionen in unsere Schul- und Kitalandschaft.

Auch für das Jahr 2026 sind wieder umfangreiche Investitionen geplant. Den geplanten Ausgaben von 13,3 Mio. Euro stehen Investitionszuweisungen von 7,7 Mio. Euro gegenüber. Der verbleibende Eigenanteil von 5,6 Mio. Euro ist hoch, dennoch sind diese Investitionen wichtig, um unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Zu nennen sind hier unter anderem die Aufstockung der Nikolausschule, die Fortsetzung der Innenstadtssanierung, der Radweg zwischen Langenstraße und Oestereiden sowie Maßnahmen zur Sicherstellung einer leistungsfähigen Feuerwehr. Gerade im Bereich der Feuerwehr durch sich immer stärker ändernder Voraussetzungen im Bereich der Gefahrenabwehr gilt: Vorsorge ist entscheidend. Der Neubau des Gerätehauses in Drewer ist daher ein weiterer wichtiger Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die zugewiesenen Mittel aus dem NRW-Infrastrukturgesetz zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur in Rüthen von 7,61 Mio. Euro bis zum Jahr 2036 sind natürlich unterstützend hilfreich; in Anbetracht des dargestellten Negativsaldos verpufft diese Zuwendung aber schon fast heute.

Ergänzend zum Haushaltsentwurf hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht die Randstundenbetreuung an der Grundschule Kallenhardt zu verbessern. Die Investition von rund 30.000 € in die Renovierung des Betreuungsraum ist aus unserer Sicht nicht nur richtig, sondern auch notwendig. Unser Dank gilt der FDP-Fraktion für die Unterstützung dieses Antrages.

Auch im Bereich der Straßen und Wege gilt: Die Infrastruktur muss kontinuierlich erhalten werden. Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen wird es notwendig sein, anstehende Maßnahmen sorgfältig zu priorisieren. Klar ist aber auch: Unterlassene Investitionen führen langfristig zu deutlich höheren Kosten. Trotz negativem Ausblick dürfen wir uns nicht kaputtsparen, müssen uns auf der anderen Seite aber bewusst machen, dass zukünftig nicht alles umsetzbar sein wird.

Für die Entwicklung unserer Stadt ist es zudem entscheidend, neben den aktuell in Umsetzung befindlichen Baugebieten weiterhin Baumöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet zu schaffen, um insbesondere jungen Familien Perspektiven vor Ort bieten zu können. Wir müssen die Menschen, die mit unserer Stadt verbunden sind, halten!

Auf der Ertragsseite stellen Steuern und ähnliche Abgaben mit knapp 16 Mio. € die größte Einnahmeposition dar. Die Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert. Bei der Grundsteuer B wird weiterhin auf einem Niveau von rund 1,8 Mio. € geplant. Die Entscheidung gegen die Einführung differenzierter Hebesätze hat sich rückblickend als richtig erwiesen und auch der von der CDU-Fraktion eingebrachte und am Ende auch angewandte Hebesatz von 595% hat sich zur Erreichung der erforderlichen Aufkommensneutralität als richtig erwiesen. Auf diese Weise konnte eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden – und das rechtlich sauber.

Die Gewerbesteuer ist mit 5,9 Mio. Euro geplant, ihre tatsächliche Entwicklung bleibt jedoch weiterhin schwer prognostizierbar. Die aktuellen geopolitischen Krisen bremsen den wirtschaftlichen Aufschwung, sodass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer insbesondere im Hinblick auf das bereits bestehende Haushaltsdefizit einen erheblichen Unsicherheitsfaktor darstellt.

Damit diese bedeutende Säule des städtischen Haushalts auch künftig ihren wichtigen Beitrag leisten kann, ist es erforderlich, sowohl ansässigen als auch neuen Unternehmen Perspektiven für Erweiterungen und Neuinvestitionen zu bieten. In den Industriegebieten Hankerfeld und Lindental sind die Kapazitäten inzwischen ausgeschöpft. Daher gilt es verwaltungsseitig zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Erweiterung in diesen Bereichen bestehen.

Wir als CDU-Fraktion möchten auf diesem Weg die Gelegenheit nutzen, um uns bei den Rüthener Unternehmen vor Ort zu bedanken. Mit ihrem Engagement und ihrer Leistungsfähigkeit tragen sie maßgeblich zur Unterstützung unseres städtischen Haushalts bei. Vielen Dank und schon jetzt gutes Gelingen für die anstehende Gewerbeschau am 25./26.04.2026 im Lindental.

Eine weitere wichtige Größe auf der Ertragsseite des Rüthener Haushalts, waren und sind auch in diesem Jahr die Einnahmen aus dem Holzverkauf. Für dieses Jahr gehen die Planungen noch von rund einer halben Million Euro aus. Bereits heute müssen wir jedoch davon ausgehen, dass diese bislang verlässliche Konstante im städtischen Haushalt – die vor dem Waldsterben noch Erträge bis zu 1 Mio. Euro erzielen konnte – künftig zunehmend an Bedeutung als Stabilisator unseres Haushalts verlieren wird.

Diese wichtige Ertragsposition aus dem Forstbetrieb versuchen wir als Stadt Rüthen durch den eigenen Windpark an der Nuttlarer Höhe abzufedern. Die Baugenehmigungen für sechs Anlagen durch den Kreis Soest liegen vor, es gilt jedoch abzuwarten, ob ein Zuschlag seitens der Bundesnetzagentur erfolgt oder weitere Ausschreibungsrunden mit ungewissem Ausgang für die Wirtschaftlichkeit des Projekts erforderlich sind. Die Ankündigung seitens der Bundesregierung aus dieser Woche, für die Ausschreibung weiterer 12 Gigawatt zur Erreichung der Klimaziele 2030, nehmen wir dabei positiv zur Kenntnis.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist für den Klimaschutz und eine unabhängige Energieversorgung enorm wichtig. Durch die Gesetzgebung der Vorgängerregierung wurde jedoch den Kommunen und damit auch uns als Stadt Rüthen, zeitweise jegliche Mitbestimmung und Steuerungsmöglichkeiten genommen. In der Übergangsphase zur Aufstellung des heute rechtsgültigen Regionalplans kam es zu Genehmigungen von Projekten, die viele von uns mit Blick auf Standort sowie Natur- und Umweltschutz so kaum für möglich gehalten hätten.

Natürlich und so ehrlich muss man sein, helfen die Einnahmen aus den geschlossenen Nutzungsverträgen und den Leistungen nach §6 EEG künftig unserer angespannten Haushaltslage. Jetzt – angesichts von Defiziten und unsicheren Prognosen – aber

einfach alles zu genehmigen, was irgendwie möglich ist, halten wir als CDU für den falschen Weg. Wir stehen weiterhin für einen Ausbau mit Augenmaß. Das Mitnehmen der Bürgerinnen und Bürger und deren Meinung, ist uns in diesem Prozess, wo auch mal unbequeme Entscheidungen getroffen werden müssen, besonders wichtig.

Dank der zurückerlangten Mitbestimmung und Steuerungsmöglichkeit können wir dieses Augenmaß wieder in die politischen Entscheidungen auf unserem Stadtgebiet einfließen lassen. Und wir sind überzeugt: In einigen Jahren wird man nicht nur erahnen, sondern auch sehen können, dass Rüthen mit seiner Vielzahl an Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen einen großen Beitrag zum Klimaschutz und zur nationalen Energieversorgung leistet – und dass es heute richtig ist, nicht jedes Projekt allein aus finanziellen Gründen zu unterstützen.

Die Gebühren konnten – mit Ausnahme der Erhöhung beim Trinkwasser – weitgehend stabil gehalten werden. Grund dafür ist unter anderem die Renovierung des Sammelbehälters am Mühlenweg, wodurch mehr Wasser zugekauft werden muss.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist es dennoch ein gutes Signal, dass es darüber hinaus weder bei Gebühren noch bei Steuern zu weiteren zusätzlichen Belastungen kommt. Wie sich die kommenden Jahre entwickeln, bleibt allerdings offen. Klar ist aber schon heute: Durch die notwendige und kostenintensive Maßnahme an der Kläranlage Westereiden wird eine Erhöhung der Abwassergebühren zukünftig nicht zu vermeiden sein. Steuererhöhungen zur zukünftigen Sicherung unserer Handlungsfähigkeit und Vermeidung einer drohenden Haushaltssicherung sind grundsätzlich ein legitimes Instrument: mit uns als CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rüthen wird dies aber immer das letzte Mittel sein.

Liebe Anwesende, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Haushaltsdefizit von 3,75 Mio. Euro ist ein Spiegelbild der Herausforderungen, mit denen sich die Kommunen in ganz Deutschland konfrontiert sehen. Unser Land befindet sich in einer strukturellen Schieflage bei der steigenden Pflichtausgaben auf unsichere und nicht ausreichend wachsende Einnahmen treffen. Hier ist es jetzt Aufgabe von Bund und Land, die kommunalen Haushalte wieder auf stabile Beine zu stellen. Dazu sind mutige Reformen notwendig. Höhere Steuern und zusätzliche Schulden zum Stopfen von Löchern lösen dabei keine strukturellen Probleme, sondern verschieben die Problematik nur, mit noch schlimmeren Folgen für die nachfolgenden Generationen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weiken, sehr geehrter Herr Becker, sehr geehrter Herr Betten, die CDU-Fraktion dankt Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2026. Lassen Sie uns die zukünftigen Herausforderungen gemeinsam angehen und gestalten, zum Wohle unserer Stadt Rüthen.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 unter Berücksichtigung der im Haupt- und Finanzausschusssitzung am 10.03.2026 beschlossenen Anträge zu.

Trotz der angespannten Gesamtlage sollten wir den Blick nach vorne richten und wieder stärker positiv denken – insbesondere mit Verantwortung für unsere Kinder, denen wir eine verlässliche und zuversichtliche Zukunft gestalten wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Rüthen, 26.03.2026

Stefan Rüther

CDU-Fraktionsvorsitzender